



HIHK

WahlCheck 2025

Wirtschaftspolitik im Vergleich

Der Hessische Industrie- und Handelskammertag e.V. hat die Wahlprogramme ausgewählter Parteien in Hessen analysiert und in ausgewählten Themenbereichen mit den HIHK-Forderungen zur Bundestagswahl 2025 verglichen.

Die HIHK-Forderungen zur Bundestagswahl 2025 finden Sie unter:

www.hihk.de/bundestagswahl2025



Hessischer Industrie-
und Handelskammertag

EU-Binnenmarkt und Bürokratieabbau

Die HHHK-Forderungen: Vollendung des Binnenmarktes, weniger Bürokratie, harmonisierte Standards, keine Überfrachtung mit politischen Zielen.



Wahlprogramme

Bürokratieabbau durch Entrümpelungsgesetze, Bürokratie-Checks, eine erweiterte Bürokratiebremse („One in, two out“), Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes, Anti-Gold-Plating-Gesetz gegen Übererfüllung von EU-Vorgaben, Fokus auf einen wettbewerbsfähigen Binnenmarkt.

Unterstützung durch Vereinfachung von Verwaltungsprozessen und Digitalisierung, jedoch stärkere Betonung auf Nachhaltigkeitsstandards und soziale Gerechtigkeit.

Bürokratieabbau durch Digitalisierung, Beschleunigung von Verfahren, Vermeidung neuer Bürokratie; Stärkung des Binnenmarktes, Förderung eines funktionierenden Kapitalmarkts und der Bankenunion.

Übereinstimmungen und Unterschiede

Beide betonen die Wichtigkeit des Bürokratieabbaus und eines funktionierenden Binnenmarkts. Unterschiede bestehen in der konkreten Umsetzung: CDU/CSU fokussiert sich auf nationale Maßnahmen wie das Anti-Gold-Plating-Gesetz, während der HHHK stärkeren Fokus auf EU-weite Harmonisierung legt.

Beide betonen die Notwendigkeit, Bürokratie abzubauen und Verwaltungsprozesse zu digitalisieren.

Während Die Grünen stärker auf Nachhaltigkeitsstandards und soziale Gerechtigkeit setzen, fordert der HHHK eine strikte Konzentration auf wirtschaftliche Kernziele und weniger politische Überfrachtung.

Beide betonen die Stärkung des Binnenmarktes und den Bürokratieabbau. Die SPD setzt stärker auf Digitalisierung und neue EU-Initiativen wie die Bankenunion, während der HHHK stärkeren Fokus auf die Vermeidung einer politischen Überfrachtung legt.

Wahlprogramme

Zentrale Reform des FDP-Wahlprogramms ist ein dreijähriges Bürokratie-Moratorium, bei dem neue Belastungen für Unternehmen nur eingeführt werden dürfen, wenn gleichzeitig Bürokratie abgebaut wird. Die hessische FDP setzt dabei insbesondere auf das ‚One in-Two out‘-Prinzip, während die FDP allgemein zusätzlich auf eine ‚Bürokratiebremse‘ im Grundgesetz, jährliche Entlastungsgesetze sowie automatische Genehmigungen bei Verzögerungen vertraut. Auf EU-Ebene will die FDP das sogenannte „Gold-Plating“ vermeiden, unnötige Berichtspflichten wie beim „Green Deal“ abschaffen und das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vereinfachen. Gleichzeitig setzt sie auf die Vertiefung des Binnenmarkts in den Bereichen Arbeit, Energie, Kapital und digitale Dienstleistungen, lehnt aber eine Verschuldungskompetenz der EU ab.

Rückverlagerung von Kompetenzen auf nationale Ebene, Reduktion bürokratischer Vorgaben, Einschränkung der Macht der EU-Kommission.

Betonung der Souveränität nationaler Wirtschaftspolitik, Ablehnung zentralisierter EU-Vorgaben wie des Lieferkettengesetzes.

Übereinstimmungen und Unterschiede

HIHK-Forderungen und FDP betonen die Bedeutung eines schlanken Regulierungsrahmens und des Bürokratieabbaus, wobei die FDP konkretere Maßnahmen wie die „Bürokratiebremse“ vorschlägt. Der HIHK hebt die wirtschaftliche Priorisierung hervor, während die FDP den Abbau unnötiger EU-Regulierungen fokussiert.

Eher geringe Übereinstimmung. HIHK betont Binnenmarkt, BSW will nationale Souveränität stärken.

Übereinstimmungen bei der Kritik an Bürokratie und Einschränkungen. Der HIHK setzt auf europäische Kooperation, die AfD bevorzugt nationale Regelungen.

Fachkräftesicherung

Die HHK-Forderungen: Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, mehr Zuwanderung durch digitale Prozesse, bessere Anerkennung ausländischer Qualifikationen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern.



Wahlprogramme

Einführung einer digitalen „Work-and-Stay-Agentur“, schnellere und digitale Prozesse für Erwerbszuwanderung, Förderung von Frauen in Vollzeitjobs, steuerliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen. Einführung Aktiv-Rente (2000 Euro steuerfreier Verdienst bei Arbeit im Rentenalter) und wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit.

Betonung auf Bildung und Integration; Digitalisierung der Visavergabe sowie Erleichterung der Anerkennung von Abschlüssen. Zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitskräften.

Staatliche Förderung zur Verbesserung von Studium und Lehre; Steigerung der Attraktivität der Ausbildung; kostenlose Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen; Schutz vor Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung.

Übereinstimmungen und Unterschiede

Starke Übereinstimmungen, besonders bei der Digitalisierung und der Beschleunigung der Zuwanderungsprozesse sowie der Anerkennung ausländischer Qualifikationen. CDU/CSU ergänzt durch konkrete Maßnahmen wie die „Work-and-Stay-Agentur“ und die Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen.

Beide streben eine stärkere Digitalisierung im Bereich der Visavergabe und der Anerkennung ausländischer Abschlüsse an. Der Ausbau von Bildungs- und Betreuungskapazitäten wird ebenfalls als wichtig erachtet.

Die Grünen legen größeren Wert auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen und sozial gerechte Rahmenbedingungen, während der HHK die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Reduzierung von bürokratischen Hindernissen für Unternehmen priorisieren.

Übereinstimmung bei der Förderung von Zuwanderung und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die SPD legt verstärkten Fokus auf innerstaatliche Maßnahmen wie Bildungsoffensiven und betont die Bedeutung sozialer Sicherheit.



Wahlprogramme

Es wird die Einführung eines unbürokratischen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes sowie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse in einem durchgehend digitalen und beschleunigten Verfahren angestrebt. Englisch soll als zweite Verwaltungssprache eingeführt werden. Zudem wird eine stärkere Förderung der beruflichen Bildung, des lebenslangen Lernens, der Digitalisierung und der Nutzung von KI in der Bildung vorgesehen. Unternehmen sollen Anreize erhalten, Fachkräfte durch flexible Arbeitsmodelle zu gewinnen. Ein neues „Startchancen“-Programm für Kitas soll dazu beitragen, die frühkindliche Bildung zu stärken, insbesondere in den Bereichen Sprachförderung und MINT. Zudem wird ein Ausbau des BAföG angestrebt.

Ablehnung weitreichender Fachkräftezuwanderung, Fokus auf Arbeitsmarktanreize für inländische Fachkräfte.

Förderung deutscher Fachkräfte, strenge Kontrolle der Zuwanderung, Ablehnung umfangreicher Migrationsprogramme.

Übereinstimmungen und Unterschiede

Beide legen Wert auf die Förderung von Fachkräften und Digitalisierung. Die FDP bietet detaillierte Vorschläge wie ein vereinfachtes Einwanderungsgesetz, während der HIHK stärker auf Arbeitsmarktflexibilisierung setzt.

Geringe Übereinstimmung. BSW lehnt vereinfachte Zuwanderung ab.

Der HIHK betont internationale Fachkräftezuwanderung, AfD fokussiert sich auf inländische Fachkräfte und Migrationseinschränkungen.

Steuerpolitik

Die HHK-Forderungen: Einführung eines Einkommensteuertarifs auf Rädern, Senkung der Unternehmenssteuerlast auf international wettbewerbsfähiges Niveau, weniger Steuerbürokratie.



Wahlprogramme

Große Steuerreform: Einkommensteuersenkung für Bürger, steuerfreie Überstundenzuschläge, steuerfreier Hinzuverdienst für Rentner. Unternehmenssteuerbelastung auf 25 % senken, Abschaffung des Solidaritätszuschlags, Reduzierung Körperschaftsteuer, mehr Pauschalierungen im Steuerrecht.

Fokus auf gerechte Besteuerung von Vermögen, Reform der Erbschafts- und Immobiliensteuern sowie Einführung von Steuergutschriften für niedrige Einkommen.

Bekämpfung von Steuer- und Finanzkriminalität; Aufbau und Stärkung der Bundesbehörden im Kampf gegen Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Geldwäsche; einheitliche Basis-Körperschaftsteuer von 15 Prozent auf einer einheitlichen Bemessungsgrundlage in der EU.

Übereinstimmungen und Unterschiede

Beide setzen auf Steuerentlastungen und eine Reduktion der Steuerbürokratie. Die CDU/CSU konkretisiert dies durch den Fokus auf Reduzierung der Einkommen- und Körperschaftsteuer und den vollständigen Abbau des Solidaritätszuschlags. Der HHK legt stärkeren Wert auf die Einführung eines dynamischen Steuertarifs („auf Rädern“).

Beide erkennen die Notwendigkeit, das Steuersystem zu modernisieren, und fördern steuerliche Entlastungen für bestimmte Zielgruppen. Der HHK fordert niedrigere Unternehmenssteuern und die Verhinderung von Schulden für gegenwartsbezogene Ausgaben, während Die Grünen eine stärkere Umverteilung durch höhere Besteuerung von Vermögen und eine Reform des Ehegattensplittings anstreben.

Unterschiede bei der Zielrichtung: Der HHK fordert allgemeine Steuersenkungen für Unternehmen und Bürger, die SPD legt den Schwerpunkt auf gezielte Investitionsförderung und höhere Beiträge von Spitzenverdienern und Vermögenden.



Wahlprogramme

Es wird angestrebt, die kalte Progression durch die Einführung eines linear-progressiven Steuersystems abzubauen. Der Solidaritätszuschlag soll abgeschafft und der Spitzensteuersatz gesenkt werden. Zudem sollen Unternehmen durch steuerliche Entlastungen, wie die Senkung der Unternehmenssteuerbelastung auf 25 Prozent, gefördert werden. Gleichzeitig soll die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse weiterhin eingehalten werden.

Steuererhöhungen für hohe Einkommen und Vermögen, Mindestlohn-Erhöhung, Steuersenkungen für niedrige Einkommen.

Senkung der Unternehmens- und Einkommensteuern, Abschaffung des Solidaritätszuschlags, Verzicht auf EU-Steuerkompetenzen.

Übereinstimmungen und Unterschiede

Beide fordern Steuererleichterungen und die Vermeidung der kalten Progression. Die FDP ist spezifischer in der Umsetzung, z. B. durch Abschaffung des Solidaritätszuschlags, während der HIHK eine allgemeinere Absenkung der Steuerlast betont.

Unterschiedliche Schwerpunkte. Der HIHK fordert Steuersenkungen für Unternehmen, BSW sieht Umverteilung zugunsten unterer Einkommen vor.

Ähnliche Zielsetzungen bestehen bei Steuererleichterungen. Die AfD betont die nationale Steuerpolitik, während der HIHK auch die Unternehmenssteuerlast als Mittel zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sieht.

Klimaschutz und Energie

Die HHK-Forderungen: Bezahlbare Energie, technologieoffener Klimaschutz, Förderung von Kreislaufwirtschaft, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren.



Wahlprogramme

Senkung von Stromsteuern und Netzentgelten, Ausbau erneuerbarer Energien, Option Kernenergie beibehalten, Förderung technologieoffener Lösungen, Fokus auf marktwirtschaftliche Mechanismen wie den Emissionshandel, Förderung von Kreislaufwirtschaft, schnellere Verfahren.

Starker Fokus auf den Ausbau erneuerbarer Energien, Förderung von Wasserstofftechnologie und sozial gerechtem Klimaschutz.

Mehr energieintensive Branchen sollen von der Strompreiskompensation profitieren; Vereinheitlichung der Klimastandards im Klimaclub, Heiz-Miet-Modelle für ärmere Haushalte und Preisaufsicht für Fernwärme.

Übereinstimmungen und Unterschiede

Beide unterstützen technologieoffenen Klimaschutz und schnellere Genehmigungsverfahren. Die CDU/CSU betont zusätzlich Kernenergie und marktwirtschaftliche Instrumente wie den Emissionshandel. Beide heben die Bedeutung der Kreislaufwirtschaft hervor.

Beide setzen auf den Ausbau erneuerbarer Energien und betonen die Bedeutung der Energieinfrastruktur für Wirtschaft und Klimaschutz.

Die Grünen priorisieren Wasserstoff- und Solarenergie sowie sozial gerechten Klimaschutz, während der HHK eine technologieoffene Herangehensweise und schnellere Genehmigungsverfahren betonen.

Beide fördern Klimaschutztechnologien und günstigere Energie. Die SPD setzt stärker auf erneuerbare Energien und soziale Abfederung, während der HHK den Fokus auf Technologieoffenheit und schnellere Genehmigungen legt.



Wahlprogramme

Es wird für den Klimaschutz auf marktwirtschaftliche Lösungen gesetzt, wobei der europäische Emissionshandel als zentrales Instrument der Klimapolitik und eine CO₂-Bepreisung eine Schlüsselrolle spielen sollen. Beim Einsatz von Energieträgern und dem Ausbau erneuerbarer Energien wird auf Technologieoffenheit gesetzt, wobei auch Fusions-technologien gefördert werden sollen. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 im deutschen Klimaschutzgesetz soll durch das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ersetzt werden.

Rücknahme des Verbrenner-Verbots und Heizungsgesetzes, Fokus auf Energiepreise, gegen einseitige Förderung erneuerbarer Energien.

Fokus auf fossile Energien, Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken, Ablehnung erneuerbarer Energien weil nicht ohne Subventionen marktfähig.

Übereinstimmungen und Unterschiede

Beide setzen auf Technologieoffenheit und marktwirtschaftliche Ansätze. Die FDP unterstreicht konkrete Mechanismen wie CO₂-Bepreisung, während der HIHK eine breitere Innovationsförderung fordert.

Hohe Übereinstimmung bei Energiepreisen, Differenzen bei Klimaschutzstrategie.

Divergenz in der Energiepolitik: Der HIHK betont Klimaschutz und Innovation, die AFD setzt auf konventionelle Energieträger.

Verkehr und Verkehrsinfrastruktur

Die HHHK-Forderungen: Abbau Bürokratie, Ausbau ÖPNV, Fahrermangel bekämpfen, Stärkung aller Verkehrsträger für Personen- und Güterverkehr, Wettbewerbsfähigkeit Luftverkehr sicherstellen, Wasserstraßeninfrastruktur ausbauen und erhalten sowie Ausbau kombinierter Verkehr.



Wahlprogramme

Fokus auf beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren, Modernisierung der Bahn, Unterstützung der Automobilindustrie, Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität, Rücknahme des Verbrenner-Verbots.

Ausbau nachhaltiger Mobilität wie ÖPNV und Schienennetz, Förderung klimafreundlicher Verkehrslösungen und Innovationen im Verkehrssektor.

Ausbau des ICE-Sprinter-Angebots, des Nachtzüge-Angebots und Einführung europäischer Schnellzugverbindungen; Dauerhafte Sicherung des Deutschland-tickets zu einem gleichbleibenden Preis; Reform der Fahrausbildung; Arbeitgeberzuschuss zum Führerschein für Auszubildende und junge Beschäftigte; Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen; Abwandlung der Luftverkehrssteuer hin zu einer EU-Klimaabgabe.

Übereinstimmungen und Unterschiede

Beide betonen die Notwendigkeit beschleunigter Planungsprozesse und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur für alle Verkehrsträger gleichermaßen. Der HHHK fordert die Bekämpfung des Fahrermangels durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die CDU/CSU will die Berufskraftfahrerqualifikation reformieren.

Beide befürworten den Ausbau und die Modernisierung von Verkehrsinfrastrukturen sowie die Verbesserung der Logistik. Beide fordern ausreichend Sustainable Aviation Fuels sowie Förderung von E-Kerosin und mehr kombiniertem Verkehr.

Die Grünen legen den Fokus auf nachhaltige Mobilität und emissionsfreie Lösungen, wie Bahn/ ÖPNV und dem Nahverkehr (Rad/Fuß). Der HHHK fordert alle Verkehrsträger nutzbar zu halten.

Beide stimmen bei der Bedeutung von Infrastrukturinvestitionen überein. Die SPD betont spezifisch den Ausbau der Schiene und der Elektromobilität, während der HHHK alle Verkehrsträger gleichwertig betrachtet. Beide fordern attraktivere Arbeitsbedingungen für Fahrer.

Die SPD will Luftverkehrssteuer in EU-weite Klimaabgabe umwandeln - der HHHK fordert Wettbewerbsfähigkeit mit Nicht-EU-Flughäfen zu gewährleisten, EU-Abgabe ändert daran nichts.



Wahlprogramme

Die Infrastruktur in Deutschland soll durch schnellere Genehmigungsverfahren modernisiert werden. Zudem wird eine Förderung der Elektromobilität angestrebt, begleitet von einer technologieoffenen Mobilitätspolitik. Im Bahn- und Schienenfernverkehr soll die Effizienz durch den Einsatz marktwirtschaftlicher Elemente gesteigert werden. Im Verkehrssektor sollen digitale und autonome Fahrtechnologien weiter ausgebaut werden.

Förderung öffentlicher Verkehrsmittel, Ablehnung der CO₂-Bepreisung im Verkehr, gegen eine autofeindliche Politik.

Ablehnung ideologisch motivierter Verkehrspolitik, Förderung des motorisierten Individualverkehrs, Ausbau von Straßen.

Übereinstimmungen und Unterschiede

Beide plädieren für eine Beschleunigung der Planungsprozesse und den Ausbau der Infrastruktur. Die FDP legt größeren Fokus auf Elektromobilität und Digitalisierung, der HIHK hingegen stärker auf Logistik und Fachkräftemobilität. Beide fordern die Anpassung von Luftverkehrssteuer und Luftsicherheitsgebühren um Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen.

Teilweise Übereinstimmung. Beide fordern Infrastrukturausbau, haben aber unterschiedliche verkehrspolitische Ansätze. Eine Übereinstimmung besteht darin, mehr Güter auf die Schiene zu bringen.

Übereinstimmung bestehen bei Ausbau Schiene, Sanierung Wasserstraße, Reduktion/Abschaffen der Luftverkehrssteuer, Vereinfachung von Genehmigungsverfahren (Entfall der Umweltverträglichkeitsprüfung).

Finanzplatz Frankfurt

Die HHK-Forderungen: Augenmaß bei Regulierung, keine Finanztransaktionssteuer, Entlastung von KMU bei Nachhaltigkeitsberichterstattung.



Wahlprogramme

Keine explizite Ablehnung einer Finanztransaktionssteuer, aber klarer Fokus auf internationale Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Deutschland. Keine Überregulierung der Finanzbranche. Entschärfung der EU-Taxonomieregeln.

Erleichterung nachhaltiger Finanzierungen und Förderung von Sustainable Finance, jedoch keine Absage an eine Finanztransaktionssteuer. Funktionierende Finanzmärkte als essenzieller Bestandteil stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und einer nachhaltigen Investitionsdynamik. Kleine Banken und Finanzmarktakteure sollen von unnötig kleinteiliger Bürokratie entlastet werden. BaFin soll zum Schutz vor Greenwashing von Finanzprodukten in die Pflicht genommen werden.

Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Stärkung des europäischen Kapitalmarkts und der Bankenunion, Förderung nachhaltiger Investitionen durch transparente Rahmenbedingungen.

Übereinstimmungen und Unterschiede

Deutliche Übereinstimmungen, insbesondere beim klaren Bekenntnis zur Bedeutung des Finanzplatzes, der Wahrung von Finanzstabilität und der Vermeidung von Überregulierung. Allerdings keine explizite Ablehnung der Finanztransaktionssteuer.

Geringe Übereinstimmung. Starker Nachhaltigkeitsbezug beim Thema Finanzmarktförderung. Regulatorische Belastung für KMU spielt keine Rolle.

Mäßige Übereinstimmung. Deutliche Divergenzen bei der Finanztransaktionssteuer, die vom HHK abgelehnt wird, während die SPD diese einführen möchte. Beide heben die Bedeutung eines funktionierenden Kapitalmarkts für die Förderung von Innovationen und Zukunftstechnologien hervor.



Wahlprogramme

Kapitalmarktregulierung soll zeitgemäßer gestaltet und auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden, EU-Regelungen nur 1:1 umgesetzt werden. Eine Finanztransaktionssteuer wird dezidiert abgelehnt. Deutschland soll als globaler Finanzstandort gestärkt werden. Das Aufgabenspektrum der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) soll um die Finanzplatzförderung erweitert werden, um FinTech- und Kryptoinnovationen besser zu unterstützen.

Ablehnung der Spekulation mit Finanzprodukten, stärkere Regulierung des Finanzsektors, Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Forderung nach Austritt aus der Eurozone. Einstellung aller „Maßnahmen EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts“. Starke Betonung nationaler Regulierungshoheit, Ablehnung jeglicher EU-Vorgaben für Finanzmärkte und Nachhaltigkeitsregulierungen.

Übereinstimmungen und Unterschiede

Große Übereinstimmung. Beide betonen die Bedeutung eines wettbewerbsfähigen Finanzplatzes, kritisieren übermäßige Regulierung und lehnen eine Finanztransaktionssteuer entschieden ab. Bei der Regulierung im Nachhaltigkeitskontext ist die FDP rigoroser und will alle bisherigen EU-Initiativen zu Berichtspflichten beseitigen.

Geringe Übereinstimmung. Wenig bis keine Aussagen zur Finanzmarktförderung. Große Skepsis gegenüber marktlichen Prozessen. Starke Betonung staatlicher Kontrollnotwendigkeit.

Geringe Übereinstimmung. Zulässige Regulierungskritik mündet durchgängig in die Forderung nach Rückführung unter nationale Kontrolle. Internationale Marktverflechtungen und daraus erwachsende Wohlstandsgewinne werden negiert.



Hessischer Industrie- und Handelskammertag

Impressum

Herausgeber

Hessischer Industrie- und Handelskammertag (HIHK) e. V.
Karl-Glässing-Straße 8
65183 Wiesbaden
☎ 0611 360 115-0
@ info@hihk.de
🌐 www.hihk.de

Fachlicher Ansprechpartner:

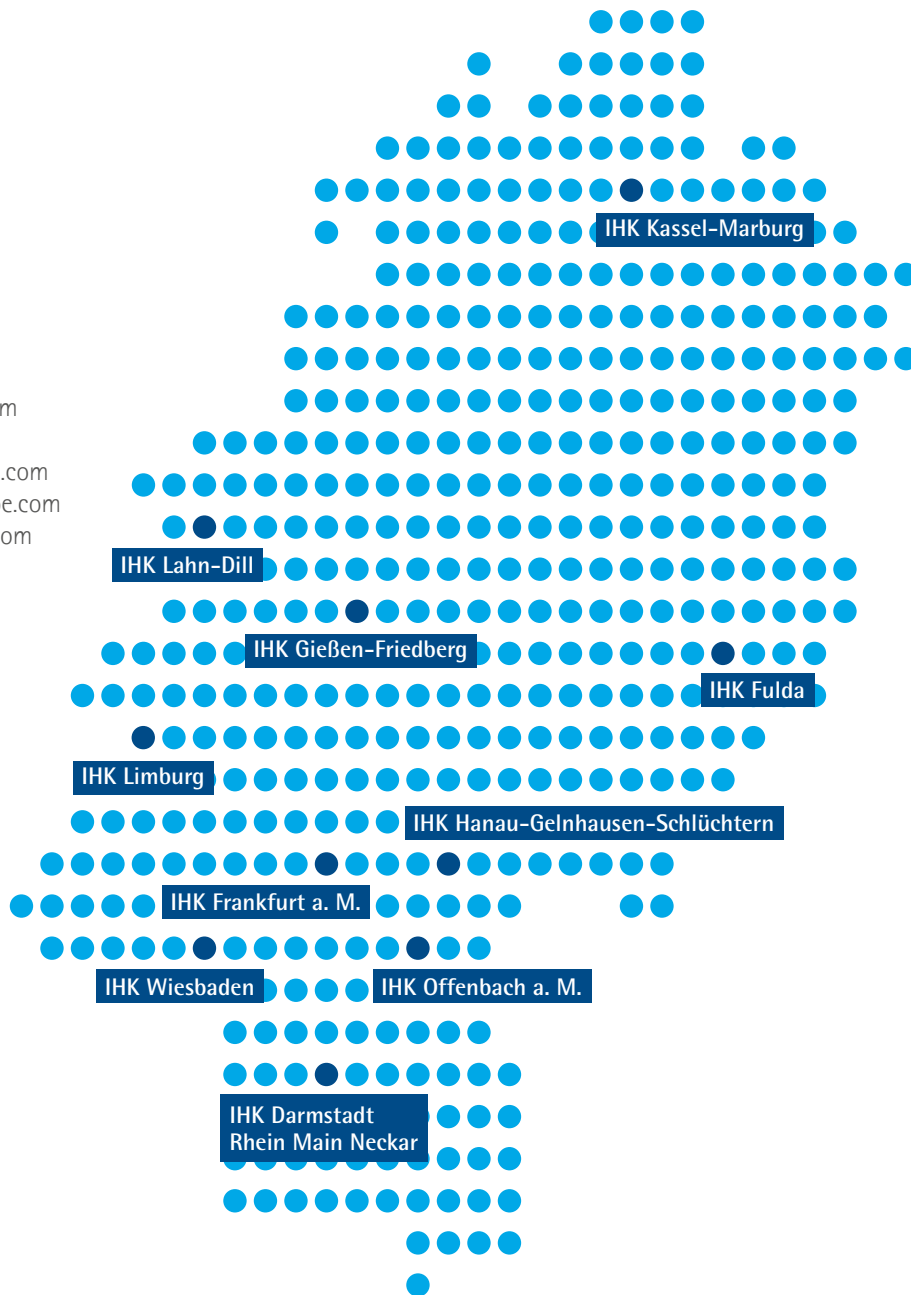
Maximilian Hanz
Referent für Wirtschaftspolitik
☎ +49 (0)611 - 360 115-22
@ hanz@hihk.de

Bildnachweis

Titel: KHF - stock.adobe.com
S3: Alena - stock.adobe.com
S5: KPs Photography - stock.adobe.com
S7: Zerbor - stock.adobe.com
S9: peterschreiber.media - stock.adobe.com
S11: MATTHIAS BUEHNER - stock.adobe.com
S13: Petrus Bodenstaff - stock.adobe.com

Stand

Februar 2025



Über den Hessischen Industrie- und Handelskammertag

Gemeinsam für Hessens Wirtschaft: Der Hessische Industrie- und Handelskammertag (HIHK) koordiniert die landespolitischen Aktivitäten der zehn hessischen IHKs. Als Sprachrohr der gewerblichen Wirtschaft in Hessen vertreten wir die Interessen von rund 400.000 Mitgliedsunternehmen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Mit engen Kontakten zur Landesregierung, dem Landtag, den Medien sowie allen wichtigen Akteuren auf Landesebene wollen wir einen Beitrag leisten, damit die Standpunkte der hessischen Wirtschaft Gehör finden und auch in der öffentlichen Wahrnehmung zur Geltung kommen. Dabei ist das Gesamtinteresse der Wirtschaft der Maßstab unserer Arbeit.